

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.

Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neue Nachrichten) — (Niederwalder Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag:
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter:
Wilhelm Probst, Schierstein.

Jerntuf Nr. 584.

Jerntuf Nr. 584

Nr. 61.

Donnerstag, den 27. Mai 1920.

28. Jahrgang

Die verwahrloste Jugend.

Die heimliche Zerrüttung breiter Volksmassen aller Stellungen ist eine leider zu sehr bekannte Tatsache. Sie ist die Ursache in erster Linie in der schon seit Jahren immer deutlicher aufkeimenden freieren allgemeinen Lebensanschauung, welche in erster Linie den Verfall der alten Geschlechter zu einander loser gestaltet und die Verwahrlosung der Jugend mit sich bringt. Man darf nicht sagen wollen, daß nur der Krieg dazu beigetragen hat. Schon vor dem unseligen Kriege entwickelte sich die Jugend in jedem Preise die schlimmsten Tendenzen und rüttelte an den Grundfesten eines gesunden Lebens, das mehr und mehr zuschanden wurde. In der Nacht vor der Katastrophe dahinschwindend und zerfallend, wie eine Blüte, die im Sturm zerfällt, so eine solche Verwahrlosung, besonders bei der Jugend, wurde zum Schicksal. Hat schon vielerlei Kopfzerbrechen verursacht, so hat man sich eben zu sehr vor der Wahrheit, man hat sich nicht eingestanden, besonders dort, wo die Quelle der Verwahrlosung nicht gewollt wurde, sondern durch die Verwahrlosung, ihren Ausfluß hat. Daher mag es an der Stelle unverständlich sein, die Schuld an der Verwahrlosung eines Teils unserer Jugend zu betonen, daß der Jugend der gute Einfluß des Elternhauses verloren gegangen ist, weil vielfach auch den Eltern, die in früher Jugend in Fabriken und sonstigen Betrieben auf eigene Füße gestellt waren, das Verantwortungsgewicht abhandeln gekommen ist, das sie gegen ihren Kindern haben sollten. Wäre es anders, dann wäre es nicht möglich, daß junge Leute, kaum den Kindern entwachsen, Anaben und Mädchen, mit solcher Leichtigkeit sich auf der Straße bewegen und Raufereien oder andere Solas betreiben. Wo bleibt da die elterliche Liebe und Aufsicht? Daß die Jugend der Erholung beraubt wird, wird niemand abstreiten. Was die unruhige Jugend aber für sich als Erholung fordert, ist alles andere als das. Wir haben ja freilich ein Gesetz für Jugend, das einwandfrei die Grenzen zieht für das Erlaubte und Verbotene. Unsere Jugend schert sich aber darum nicht, und so erleben wir denn auch täglich die wilden Wüsten der Straße oder sonstwo. Kleine Kinder scheuen sich gar nicht, trotz strengsten Polizeibefehls und angesichts der Aufsichtsbewachen ihre Zügel zu lassen. Kleine „Damen“ wandeln ebenso mit ihrem „Papa“ oder Mutter und Mutter zu Hause zusammen, sich nicht darum, was ihre Kinder drauß machen. Das ist wirklich traurig. Nun aber gar das, was erst recht muß der jugendliche Geist sich — erheben, und dazu gehören neben dem Besuch der Kinos und das Zerschneiden der Tugend, worin dem jungen Volk nicht das verdiente Geld abgeknöpft, sondern oft auch noch jähliche Forträge und Vorführungen die Seele verwirren. Kann es denn wirklich nicht mehr sein wie früher, wo Sonntag die ganze Familie zusammenhielt und bei friedlicher Unterhaltung durch die schöne Gottesdienstzeit und dem Genuß der Ernte, das scheint mir in dieser Zeit, wo der Vater Verpflichtungen zu den Vereinen die Söhne um die „Maschinen“ versammelt und die Töchter wer weiß wo sind. Es fehlt eben der innere Zusammenhalt und so lange der nicht wiederkehrt, wird auch kein — gesunder Sinn wiederkehren in den kranken Volkstörper. Daß bei all dem Verwirrungszustand das Geld mit vollen Händen vergeudet wird, danach wird nicht gefragt, weil, wenn es eben nicht anders, neue Lohnforderungen wegen der ungeheuerlichen Lebenshaltung abgeben müssen. Daß unsere Jugend so wenig Sinn hat für die schwere Not der Zeit, ist ein Zeichen und darum ist die Pflicht desto größer, die Jugend zu erziehen, dafür zu sorgen, daß die Jugend, nicht bald, Wandel geschehe.

Zur Tagesgeschichte.

Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft in Bayern.
Die bayrische Bürgerbewegung bekannt gibt, ist nun auch im Einvernehmen mit dem Ordnungsbund für die bürgerlichen Wahlen in Bayern eine Einheitsfront sämtlicher bürgerlichen Parteien, also der Deutschnationalen, der Nationalliberalen, des Zentrums, der Demokraten und der bürgerlichen Sozialdemokraten zustande gekommen. Die bürgerlichen Parteien nehmen Stellung gegen links und verurteilen den Wahlkampf untereinander sachlich und ohne jede parteiische Schärfe zu führen.

Walntahilfe für Oesterreich?

Die bayrische „Mittagspost“ erzählt, ist eine deutsche Finanzgruppe im Begriff, eine großzügige Aktion zu betreiben, die den Zweck haben soll, die österreichische Währungsnot zu beheben. Der Vortragende, an deren Spitze ein gewisser Herr Mendelsohn steht, wollen die

Österreich einen Wirtschaftskreislauf einrichten, der die im Oesterreich unentgeltliche Steigerung der Spannung zwischen Mark und Krone zum Stillstand bringen soll. Hinter dieser Aktion sollen wichtige politische Motive zu suchen sein. Man will jetzt schon ein ständiges Verhältnis zwischen Mark und Krone von 3 zu 1 herstellen, um späterhin, wenn es zum Abschluß kommt, die Übernahme der Krone zu erleichtern. Mit diesbezüglichen Erklärungen bei der Wiener Regierung wird mitgeteilt, daß es sich hier nur um eine private Aktion handeln könne, da die deutsche Regierung natürlich nicht bei einer Aktion mitwirken könne, die eine Verschlechterung des Marktwerts zur Folge haben könnte.

Politischer Verleumdungsprozeß.

Das Bundesverwaltungsgericht in Genf verurteilte den Genfer Rechtsanwalt Renaud-Charrere und seinen Kumpan, den Berner Kaufmann Hechtel, zu einem halben Monat Gefängnis und je 500 Franken Geldstrafe, weil sie während des Krieges gegenüber dem französischen Nachrichtendienst „L'Espion“, als schweizerischen Bundesräte Motta und Schulteis hätten zusammen mit dem deutschen Reichsfinanzminister Hermann Solfweg und mit dessen bei der deutschen Gesellschaft tätigen Kassen ein Komplott gegen Frankreich und die Alliierten geschmiedet, bei dem auch Gaillard beteiligt gewesen sei, und hätten ferner von Deutschland ebenso wie der verstorbenen Bundesrat Müller Geld empfangen. Der genannte Genfer Advokat, der gegen eine Summe von 10 000 Franken belastendes Material gegen Gaillard liefern sollte und nichts Besseres als diesen Unsinn zu erfinden wußte, wird aus dem Advokatenstand endgültig ausgeschieden werden.

Finnland und Sowjetrußland.

Einem Telegramm der „Berliner Tageblatt“ aus Helsinki zufolge teilte der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinski, dem finnischen Außenminister dröhnend mit, daß die Räteregierung in der freundlichsten Weise die Vorschläge der finnischen Regierung über die Zeit und Ort für die Friedensverhandlungen aufnehmen werde. Die finnische Regierung werde ihre Vorschläge sofort nach Helsing nach Moskau übermitteln. Es scheint jetzt festzustehen, daß Kopenhagen als Ort für die Friedensverhandlungen in Aussicht genommen wird.

Türkischer Protest.

Zum Protest gegen die Friedensvertragsbestimmungen wurde in Istanbul eine große Volksversammlung veranstaltet, bei der Rabbinen und Tübne mit Trauerkleidern verkleidet waren. Die Redner bezeichneten die Friedensbedingungen als unannehmbar. Die Versammlung nahm zwei Entschlüsse an, die an die Entente offiziell zur Kenntnis gebracht werden sollen. In der einen dieser beiden Entschlüsse wird gegen die Abtretung des Gebiets von Anatolien, Istanbül und Smyrna im Namen des Selbstbestimmungsrechtes protestiert.

Die Amerikaner.

Der Londoner Korrespondent des „Amsterdamer Telegraaf“ hatte eine Unterredung mit dem aus Amerika zurückgekehrten holländischen Gesandten Gremer, den er u. a. fragte, wie eigentlich die Stimmung in Amerika gegenüber der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland sei. Der Gesandte sagte, der Krieg sei allerdings noch nicht vergessen, aber trotzdem verlange man die Aufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen. Der gute Wille sei da aber noch kein Weg gefunden, denn die Mehrheit des amerikanischen Volkes wolle den Wilsonschen Völkerbund nicht und Wilson nicht den Frieden ohne seinen Völkerbund. Auf weitere Hilfe Amerikas für den Wiederaufbau Europas könne gar nicht gerechnet werden. Ebenfalls sei auf amerikanische Anleihen zu rechnen.

Amerika als „verjöhnlicher Gläubiger“?

Nach dem „New York Herald“ ist in der Stimmung der amerikanischen Presse gegenüber dem Plan, einen Teil der Schulden der Alliierten zu annullieren, ein überraschender Umschwung eingetreten. Bisher hatte sich bekanntlich M. G. La f und sein Nachfolger im Schatzamt W. H. C. O. u. s. o. n. sowie auch der Kongreß in kategorischen Erklärungen gegen den Plan ausgesprochen. Aus amtlicher Quelle kommt nun die Versicherung, daß die amerikanische Regierung damit beschäftigt sein soll, eine Vorlage zur Annulierung eines Teiles der Schulden der Alliierten aufzuwerfen zu prüfen. Wenn es auch schwer hält, dem Ursprung dieses Planes nachzugehen, so besteht doch die Tatsache, daß diese Maßnahme in offiziellen Kreisen ernstlich in Betracht kommt. Das Projekt hat übrigens nicht irgend eine gewöhnliche Ueberlegung zur Grundlage, sondern der Gedanke ist einzig und allein von kommerziellen Beweggründen eingegeben. Eine demnächstige Anforde-

rung der ungeheuren Schulden der Alliierten würde nämlich die verhängnisvollsten finanziellen und kommerziellen Folgen in den Vereinigten Staaten haben und es wäre für die Vereinigten Staaten schließlich vorteilhafter, einen teilweisen Nachlaß der Schulden zu bewilligen und sich als verjöhnlicher Gläubiger zu zeigen.

Sibirien und Japan.

Der Sonderberichterstatter der „Morning Post“ in Tokio meldet auf Grund amtlicher Mitteilungen: Die japanischen Truppen werden Sibirien nicht verlassen, bis eine ernste Regierung in jenem Lande eingesetzt ist. Die Japaner legen großen Wert auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau jenes ausgedehnten Gebiets, das eine Hauptabgabestelle für ihre industrielle Erzeugung werden wird. — Wer Sibirien gesehen hat, und wer die Japaner kennt, wird die Wahrheit dieser offenkundigen amtlichen Mitteilung nicht bezweifeln.

Der Steuerabzug.

Ueber den zehnprozentigen Abzug vom Arbeitslohn macht das Reichsfinanzministerium jetzt eine Reihe wichtiger Mitteilungen. Der Abzug wird von den Gehältern, Beförderungen, Löhnen, Entlohnungen und ähnlichen Bezügen der in öffentlichen oder privaten Diensten angestellten oder beschäftigten Personen vorgenommen, ebenso von den Wartgeldern, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpensionen. Frei vom Abzug sind die Zulagen auf Grund der Militär-Pensions- und Versorgungsgesetze, Bezüge aus der Krankenversicherung und die Pensionen und Ruhegehälter, die im Jahre unter 1500 Mark betragen. Jeder Arbeitnehmer muß sich von der Gemeindebehörde für das Rechnungsjahr 1920 eine Steuerkarte ausstellen lassen und diese dem Arbeitgeber vorlegen. Der Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung 10 Prozent Arbeitslohn einzubehalten, wobei der abzubehaltende Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche erfolgt, und auf volle zehn Pfennig nach unten in allen anderen Fällen. Für den einbehaltenen Betrag muß der Arbeitgeber Steuermarken kleben und diese entwerfen. Jede Steuerkarte des Arbeitnehmers nicht vor, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Steuermarken in Höhe des einbehaltenen Betrages aufzubewahren, bis der Arbeitnehmer seine Steuerkarte vorlegt. Die Steuermarken werden zunächst bei den Postanstalten zum Verkauf gestellt. Verlorene oder unbrauchbar gewordene Steuermarken werden ersetzt. Die Steuerkarte wird als Zahlungsmittel verwendet. Der Einkommensteuertarif wird in folgenden Sätzen festgesetzt:

Die Einkommensteuer beträgt bei einem Jahreseinkommen von			
1 500 Mk.	155 Mk.	18 800 Mk.	3310 Mk.
3 000 „	330 „	20 000 „	3240 „
5 000 „	600 „	24 000 „	4950 „
7 500 „	995 „	30 000 „	6770 „
9 000 „	1 260 „	35 000 „	8360 „
10 000 „	1 450 „	40 000 „	10 050 „
12 000 „	1 860 „	50 000 „	13 600 „
15 000 „	2 550 „	75 000 „	23 850 „
16 000 „	2 800 „	100 000 „	34 900 „

Hierbei ist zu bedenken, daß nach der Einführung der Reichseinkommensteuer die Einkommensteuer der Länder und der Gemeinden in Verfall kommen.

Zur Reichswehrminister an die Marine.

Der Reichswehrminister hielt an die Offiziere und Abordnungen der Marine in Wilhelmshaven eine Ansprache, in der er unter Hinweis auf die Märzereignisse u. a. sagte: Dadurch, daß der damalige Chef der Admiralität sich Rapp und Eitelkeit zur Verfügung stellte, entstand an der Wasserlinie ein besonders hohes Maß von Unklarheit und Verwirrung. Auf der einen Seite standen weite Kreise des Seeoffizierskorps, die glaubten, ihren rechtsmäßigen vom Reichswehrminister eingesehenen Verhältnissen zur Wiederaufnahme der Ruhe und Ordnung Gekörten leisten zu müssen; auf der anderen Seite entstand bei den Unteroffizieren der Verdacht, daß das Seeoffizierskorps in seiner Gesamtheit sich den Hauptgefahren der Verfallung stellte. Dadurch kam es in Wilhelmshaven zur vorläufigen Festnahme der Offiziere, die, soweit sie zu Unrecht erfaßt, bedauert werden muß. Dies hatte zur Folge, daß nicht nur seit Wochen kein Offizier mehr Dienst tat, sondern auch beide Teile sich mit einem täglich wachsenden Gefühl des Mißtrauens und der Erbitterung gegenüberstanden. Ich habe mit bis jetzt festlicher Stellungnahme enthalten, weil ich mir des schweren Gewissensbisses beider Teile bewußt war. Jetzt in der Zeitpunkt einmündig gefaßten Beschlusses jedoch für Wilhelmshaven wie für Kiel eine große Anzahl Offiziere vorkommen

Sozialdemokratie. Diese behaupten zwar immer, Religion sei eine Unnützlichkeitsfrage, wie es sich aber damit verhalte sei ja schon längst bekannt. Schon Bebel habe gesagt, daß der Glaube an Gott und den Himmel das größte Hindernis für die Aufrichtung des sozialistischen Staates ist. Die Sozialdemokraten des Kultusministers Hoffmann, die Kinder vom Jahre 1848, haben sich nicht zu entziehen und sie dem Staat zur kommunistischen Erziehung zu überlassen, ja die Verhöhnung des christlichen deutschen Familienalters, die sich kein Vater und keine Mutter gefallen lassen. Reoner suchte sodann nachzuweisen, daß die jetzige Sozialdemokratie nicht immer arbeiterfreundliche Politik getrieben habe. So habe die sozialdemokratische Partei 1883 das Unfallversicherungsgesetz abgelehnt, 1884 habe sie gegen die Invaliditätsversicherung, 1889 gegen die Invalditätsversicherung, 1890 gegen die Arbeiterentwurfsgesetzgebung und 1892 gegen die Novelle des Krankenversicherungsgesetzes gestimmt. Auch die frühere freisinnige, jetzige demokratische Partei habe seinerzeit die Witwen- und Waisenversicherung abgelehnt und diese konnte infolgedessen erst viel später zum Gesetz erhoben werden. In seinen weiteren Ausführungen erklärte der Referent das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Diese seien in ihre freie Arbeiterallianz hineingezogen und die wirtschaftlichen Errungenschaften derselben aufsaugten und rechtlos machten. Diese Verhältnisse fände auch bei der Einführung des Betriebsrätesystems seine Fortsetzung, indem alle Interessen der Angestellten mit denen der Arbeiter verschmolzen werden sollen. Die Sozialisierung des bürgerlichen Wirtschaftslebens sei ein Unding und treibe den Arbeiter zum Ruin zu. Die Eisenbahn und die Post seien Beispiele der Reoner, daß nicht auch die Sozialisierung des Handels und Kreditwesens angestrebt wird. Aber die Sozialdemokratie verzögere das in den Händen der Arbeiter zu überlassen. Welche Partei heute herrsche, das zeige die Schule, in der wir

die Großthaten von Liebtnecht und Rosa Lenzbur, verherrlicht, nicht aber unsere großen Nationalhelden, wie Hindenburg usw. erwähnt werden dürfen. An die Abschaffung der vielen Kriegsgesellschaften, die dem Volke ungeheures Geld kosten, dachte man gar nicht. Die zügellose Finanzwirthschaft dauern immer noch weiter an. Ein kleiner Lichtblick sei die Erledigung des Schälungs-Erzberger durch Helfferich. Der beste Grabmesser hierfür sei die seit der Unschädlichmachung jenes Mannes stetig fortschreitende Erhöhung unseres Marktwertes. Die Lehre aus seinen Ausführungen sei die, am 6. Juni für die Wahl der Liste Helfferich, der Deutschnationalen Partei, einzutreten. Die Rede des Herrn Hoffmann war in jeder Richtung vornehm und sachlich gehalten und vermied jede persönliche Verletzung Andersdenkender. Aber ihr fehlte der hinreichende Schwung, der allerdings in der kleinen Versammlung doch nicht von großer Wirkung gewesen wäre. — Auch die Ausführungen des Diskussionsredners, Herrn Oberlehrer Sanooski, der den Standpunkt der Deutsch-Demokratischen Partei in sehr geschickter Weise vertrat, war durchaus sachlich und deshalb auch von angestrebttem Erfolg. Er verteidigte die Juden und stellte fest, daß die Juden dem christlichen Gebote: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ eigentlich viel näher ständen, als die Christen im Allgemeinen selbst. Die Juden hätten für Deutschland Großes geleistet. Man solle ihre Tüchtigkeit nachzueifern suchen und dann nach dem Grundsatz verfahren: „Arie Bahn dem Tüchtigen“. Nicht das fortwährende Bekenntnis „wir sind national“ mache den Effekt, sondern national fühlen und danach handeln sei notwendig. Alle Parteien solle man Interesse nehmen lassen am Staat, dann werden sie von selbst national. Davon gehe die neue Verfassung aus, die von tüchtigen Männern gemacht worden sei. Diesen sollten die bürgerlichen Parteien dankbar sein, daß sie ihnen die Möglichkeiten gegeben haben, heute noch mitreden zu können. Er beschäftigte sich noch in längerer Erwiderung mit den Ausführungen des Vorredners, und die Sucht, sich als geschickter Redner zu zeigen, merkte man schließlich unschwer heraus, wodurch seine Rede von ihrem anfänglichen Interesse wieder vieles einbüßte. Nach einer verjöhnlich gestimmten Replik des Referenten schloß dieser in vorgerückter Stunde die Versammlung.

— Zur Erhöhung der Mehlpreise. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft schreibt uns: Trotz wiederholt in der Presse gegebener Aufklärungen mehren sich die Angriffe gegen die Reichsregierung wegen der von ihr mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung für Italiena Mail angeordneter Erhöhung der Mehlpreise. Dabei wird vielfach behauptet, daß die Erhöhung durch die den Landwirten gezahlten Getreidepreise nicht gerechtfertigt werde. Demgegenüber sei nochmals folgendes hervorzuheben: Die Getreidebestände Deutschlands in seinem durch den Friedensvertrag beschränkten Umfange genügen nicht, um seine versorgungsberechtigte Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte zu versorgen. Deshalb müssen für den Rest des Wirtschaftsjahres mehrere Hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden. Bei den bekannten Valutaverhältnissen verursacht dies gegenüber dem Preise des Inlandsgetreides Mehraufwendungen von etwa 2 Milliarden Mark. Von diesen werden nur etwa 1½ Milliarden durch die Erhöhung der Mehlpreise gedeckt; den übrigen Beitrag muß das Reich tragen. Daß die Heranziehung der versorgungsberechtigten Bevölkerung nicht auf die von der Reichsgetreidekasse versorgt beschränkt werden konnte, sondern daß auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, obgleich sie selbst im allgemeinen kein Auslandsgetreide zu verwenden brauchen, im gleichen Umfange wie die nicht selbstwirtschaftenden zu Beiträgen herangezogen werden mußten, war erforderlich, weil andernfalls eine einseitige Belastung der von der Reichsgetreidekasse versorgten Kommunalverbände erfolgt wäre, während die für die öffentliche Wirtschaft erwachsenden Lasten von allen Angehörigen des Reichs in gleicher Weise getragen werden.

Vermischtes.

Die sieben Eier der sechs Hennen. Von einem Mitarbeiter wird uns geschrieben: Ein wahres Geschickchen ist's, fessam und doch beunruhigend, und viele haben es schon beacht. Erst der Begebenheit, die Personen und die handelnden Hennen brauchen wir nicht näher zu beschreiben. Jemandwoher hatte eine mittlere Beamtensfamilie sechs Hennen und einen Kassebähn. Die Hennen legten tüchtig. Sie haben sich niemals dem Streik angeschlossen, auch als — zu Ostern ihre Produkte, die Eier, billiger wurden. Jeder Tag brachte sechs Eier. Das war so selbstverständlich, daß man schon lange vorher über die Eier der sechs Hennen verfügen konnte. An einem Sonntag morgen aber lagen trotz der sechs Hennen — ! — ! — ! Eier im Kiste. Etwas wirklich und richtige Eier! Die ganze Familie wurde zusammengerufen, schaute und starrte. Man konnte sich dieses Räsel nicht erklären. Daß eine Henne aus Faulheit erst zwei Eier gelegt haben mochte war selbstverständlich ausgegeschlossen und das vielleicht gar der Hahn ein Ei gelegt haben sollte . . . undenkbar. Nach längerer Zeit erst gelang es, das Geheimnis der sieben Eier zu lösen: Der Hahn war nämlich ein Pouffeur und in gewissen Zeiträumen lud er ein fremdes Huhn zum Besuch ein. Dieses Huhn hat nun (selbstverständlich) das siebente Ei hinterlassen. Das geschah späterhin recht oft und man war — über den Ursprung des siebenten Eies unterrichtet — dem Hahn ob seiner Liebhaft nicht böse.

Gefangenzellen als — Wohnungsfach.
Aus Freiburg (Sachsen) wird uns geschrieben: Die Sachsen sind bekanntlich helle und wüthen auch in schwierigen Lebenslagen sich stets zu helfen. Als die Wohnungsnot in Freiburg so groß wurde, daß man nicht mehr aus noch ein wußte, trugen die Stadtväter den rettenden Gedanken, eine Anzahl der Gefangenzellen im Gerichtsgefängnis wohnlich einzurichten zu lassen und sie obdachlosen Mitbürgern zur Verfügung zu stellen. Verhandlungen mit dem Justizfiskus ergaben dessen Bereitwilligkeit, der Stadt eine Reihe von Hellen abzugeben. Da er will sich so

Art zur Hälfte an den Kosten ihrer Behaglichmachung be-
teiligen. So steht also dem baldigen Einzug Wohnungs-
lo in die Strafanstalt nichts mehr im Wege. Ein rei-
zender Effekt aber wird es sein, so man einem Richter fol-
gender Wohnung nach seiner Adresse fragt und etwa die
Antwort erhält: „Ja, wissen Sie, mei Autezier, ich wohn
Sie nämlich im Gerichtsgefängnis, Zelle Nr. 47 und 48,
und mei Stubenacke — weck Anechen — des is her
Polizei-Minister Krauß!“

Wiener Kinder in England. Im Notter-
da m ist der erste Transport der für England bestimm-
ten 48 Wiener Kinder angekommen. Die Kinder wer-
den von Bismarck nach England weiter gebracht und
später unter die englischen Familien verteilt werden. Laut
dem "Neuven Notardatschen Courant" sollen die Ru-
der mündigen sechs Monate in England bleiben.

Fiegerabsturz. Aus Romanshorn (Bodensee) wird gemeldet: Der Schweizer Fieger Taffoli stürzte mit seinem Flugzeug, auf dem sich auch sein Mechaniker befand, aus 400 Meter Höhe in den Bodensee ab. Die beiden Leichen konnten noch nicht gefunden werden.

Nicht krank, aber — durstig! Das Alkoholverbot in Amerika zeitigt wunderliche Blüten. Wer Alkohol auf gesetlichem Wege sich verschaffen will, braucht dazu unbedingt ein ärztliches Zeugnis. Dies vorausgeschickt, wird man auch den folgenden Witze verstehen, den amerikanische Blätter bringen: Zwei Freunde plaudern zusammen auf der Straße: hastig verabschiedet sich der eine. „Na also, leb wohl, ich muß mich beeilen, sonst komme ich nicht mehr rechtzeitig in die Sprechstunde zu meinem Arzt.“ — „Ach, bist du krank?“ fragt mitleidig der Zweite. — „Aber nein, durstig!“ gesteht entsetzt der Erste.

Wahlrechtsumulte in Japan. Wie uns aus Tokio geschrieben wird, hat Japan nun auch eine Erscheinung kennen gelernt, die uns Europäern seit langem vertraut ist, die Stimmrechtsbewegung. Große Umzüge wurden veranstaltet, Straßensammlungen wurden abgehalten, in Zehntausenden strömten die Massen ins Freie; und es ging wie in Europa: es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei ist die ganze Wahlrechtsbewegung in Japan für europäische Betrachter so wunderbar: die Sache wirkt so wenig ernst, so kinder-spielergerig. Man stelle sich eine „Demonstration“ vor in den farbenprächtigen Gewändern der eingeborenen Japaner mit den zahllosen Lampen und Lämpchen, den flatternden Papierwimpeln mit ihren unleserlichen Aufschriften und dazu die Spielzeughäuschen, die für sich schon eine reine Augenweide sind. Das ganze wirkt unfreiwillig mehr aufs schaulustige Auge als auf Herz und Verstand. Doch aber hinter all dem sichtbar kindischen Getriebe der vierte Ernst steht, erkennt man daraus, daß auch schon Märtyrer für die heilige Sache des Wahlrechts sich gefunden haben. Glücklicherweise ist zwar noch kein Menschenleben zu beklagen, aber es ist doch, wie es sich bei richtigen Wahlrechtsumulten und Zusammenstößen mit der Polizei für einen Europäer ja längst von selbst versteht, wenigstens ein bißchen Blut geflossen; und mit Stolz tragen heute so mancher der Wahlrechtsstreiter den Arm in der Schlinge oder den Kopf eingebunden. Alles Wunden, die ehrlich in Straßenkämpfen erworben wurden,

Wettervorherfrage für den 28. Mai.

Zunehmende Bewölkung, vorwiegend trocken, noch ziemlich warm.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Margarine.

Freitag, den 28. ds. Mts.

findet auf dem Rathhause die Ausgabe von Margarine
statt und zwar:

Für den Brotkartenbezirk Nr. 4 von	8—9 Uhr
" " " " 2	9—10 "
" " " " 3	10—11 "
" " " " 1	11—12 "

Es werden auf jedes Familienmitglied 210 Gramm Margarine ausgegeben. 210 Gramm kosten 4.50 M. Brotkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltsvorsitzandes versehen sein. Die Beträge sind unbedingt abgezählt mitzubringen.

Betr. die Reichstagswahl.

Gemäß §§ 39—41 der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 bringe ich das Verzeichnis der für die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden gebildeten Wahlbezirke, der ernannten Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter sowie der Wahllokale hiermit zur allgemeinen Kenntnis:

Schierstein

1. Bezirk: Wilhelm-, Wallufer- und Viebricherstr. und nördlich dieser Straßen belegene Ortsteil.
Wahlvorsteher: Beigeordneter Lang.
Stellvertreter: Postverwalter Sauerwein.
Wahllokal: Sitzungssaal des Rathauses.
2. Bezirk: Der südlich der Wilhelm-, Wallufer- und Viebricherstr. belegene Ortsteil.
Wahlvorsteher: Lehrer Dapper.
Stellvertreter: Bauwart Hesse.

Die Wahlen zum Reichstag finden am Sonntag, 1. Juni statt. Die Wahlhandlung beginnt um 8 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.
Wiesbaden, den 20. Mai 1920.

Der Landrat:
H. B.: Schlitt.

Wird veröffentlicht.

Schierstein, den 22. Mai 1920.

Der com. Bürgermeister: Reffels.

Betr. Ausgabe von Schwefel und Kupfer- vitriol.

Die Ausgabe des in diesem Jahre bestellten Schwefel und Kupfervitriol findet am Freitag, dem 28. d. Mts., von nachmittags 2—4 Uhr, im Rathaushofe statt. Bezugscheine sind vorher auf Zimmer 1 abzuholen.

Betr. Ausgabe von Zucker.

Im Laufe dieser Woche gelangt der April-Zucker für Kinder zur Ausgabe. Die Zuckerarten sind bis Freitag vormittags 9 Uhr in den Geschäften, und die Geschäfts-inhaber haben dieselben bis Freitag vormittags 11 Uhr auf Zimmer 1 im Rathause abzugeben.

Betr. Ausgabe von Speck.

Am Samstag, dem 29. d. Mts., findet von nachm. 1 Uhr ab in den Messereien die Ausgabe von Speck statt.

Betr. Ausgabe von Krankenfett.

Die Ausgabe von Krankenfett erfolgt am Samstag, dem 29. d. Mts., von 8—9 Uhr, auf Zimmer 4 im Rathause. Verdennde und stillende Mütter erhalten auch Krankenfett.

Als gefunden ist gemeldet:

Zwei Schlüssel.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Als verloren ist gemeldet:

Eine goldene Brosche.

Abzugeben gegen Belohnung auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 26. Mai 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Dunkelblauer Sommerhut für junges Mädchen, preis- wert abzugeben. Näheres in der Geschäftsstelle.	Saubere Medizinflaschen kauft Jakob Weiß, Zeilstr. 8.
--	--

Kirschen-Versteigerung.

Samstag, den 29. d. Mts., nachm. 5 Uhr, läßt die unterzeichnete Gutsverwaltung den gesamten Kirschenertrag von ca. 60 Bäumen auf dem Geiskopf bei Grorother Hof öffentlich meistbietend versteigern.

Zusammenkunft am Geiskopf.

Die Bedingungen werden bei der Versteigerung be-
kanntgegeben.

Gutsverwaltung Grorother Hof.

Tel. Amt Wiesbaden 6187.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Bleibich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet

Oberförsterei Chaussehaus

versteigert **A. Montag, 31. Mai, vormittags 8 Uhr,** im Restaurant **Taunusblick** (Bahnhof Chaussehaus) aus
Försterei Chaussehaus und Georgenborn: Distr. 33, 36
Heidekopf, 49, 50, 52, 53 Winterbuche, 29 Pangenstein,
31 Wendelsborenschlag, 40—43 Roteskreuz, 14 Rumpelskeller:

Brennholz: Eichen: 142 rm Scheit und Knüppel,
2705 Wellen; Buchen: 314 rm Scheit und Knüppel,
39 500 Wellen; Birken: 5 rm Scheit und Knüppel,
290 Wellen; Fichten: 81 rm Knüppel.

Ruthholz für den Lokalbedarf: Eichen: 82 rm Pfofen,
(2,2 m lang); Buchen: 7 rm; Erlen, Birken: 12 rm
Scheit, (2 m lang); Fichten: 104 rm (2—2½ m lang);
Fichtenstangen: 404 I., 697 II., 1121 III., 1500 IV.,
1510 V., 920 Bohnenstangen.

B. Freitag, den 4. Juni, vormittags 10 Uhr, in
Neudorf (bei Nehrbauer): aus Försterei Georgenborn
und Raunthal Distr. 23—26 (Schlangenhaderwand) 28
Pangenstein, 69 Pangenkopf, 70 Badweg 78 Wilde Frau,
3 Ronnenbuckelwald.

Brennholz: Eichen: 200 rm Scheit und Knüppel,
11 590 Wellen; Buchen: 115 rm Scheit und Knüppel,
42 780 Wellen; Fichten: 19 rm Knüppel, 25 rm Reiser I.

Ruthholz für den Lokalbedarf: Eichen: 200 rm Pfofen
und Pfahlholz; Eichen: 13 rm; Eichen: 42 Stangen
I.—IV. R.; Fichtenstangen: 107 I., 118 II., 238 III.,
45 IV., 160 V., 360 Bohnenstangen. Verkaufs-
beschränkungen bleiben vorbehalten.

Frauen

für Feldarbeit ganze oder
halbe Tage gesucht.

Näh. Rheingauer Hof.

Grüne

Stachelbeeren

kauft in jeder Menge zum
Preis von 60 J. pro Pfund,
auch alle Sorten Obst zu den
höchsten Tagespreisen

Jean Müller
Obstgroßhandlung.

Neuer, schmücker

Damenhut

preiswert zu verkaufen.
Näh. in der Exp.

Eine junge, frischemelkende
Ziege und ein 4—6
Wochen altes
Ziegenlamm zu kaufen
gesucht.
Christian Geist,
Karlstraße 8.

Deutsche demokratische Partei

Ortsgruppe Schierstein.

Samstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr in den „Drei

Wahlversammlung

Redner: Herr Parteisekretär Lemmer, Wiesbaden.
Thema: Der 6. Juni ein Schicksalstag des
deutschen Volkes.

Freie Aussprache!

Wie laden hierzu die gesamte Bevölkerung Schier-
stein herzlich ein.

Der Vorstand

Druckfachen

für den Geschäftsverkehr.

Rechnungs-Formulare
Geschäftskarten
Briefbogen mit Firma
Preislisten
Briefumschläge
Mitteilungen
Geschäfts-Postkarten
Arbeitszettel usw.

liefert in sauberer Ausführung die

**Buchdruckerei der
Schiersteiner Zeitung.**

Für die zahlreichen Gratulationen zu
unserer Vermählung sagen herzlich
Dank.

Georg Pass und Frau
Amalie, geb. Seibel.

Schmuck In jeder Form und Me-
auch **Zähne kau**

Brillanten für hohe
Preis!

Bok Wiesbaden
Kirchgasse 70. **Uhren**

Grösste Auswahl in fugenlosen

Trauringen

moderne Kugelform, in 8, 14, 18 und 22 Karat

Juwelier SINGER

Langgasse 4 WIESBADEN Telefon 468

Doch

wenn es teurer
ist wie andere?
Auch dann,
denn der wahre
Wert liegt in
seiner Güte

deswegen
nimmt man

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

la Kornstreuhestroh

hat abzugeben, solange Vorrat.

Mt. 30. — p. Zentner ab Fabrik Fintzen

„ 35. — p. „ frei Haus p. Fuhre.

Strohhülsenfabrik

Pet. Jos. Hanselmann

Fintzen bei Mainz.

Tel. Amt Mainz 4543.

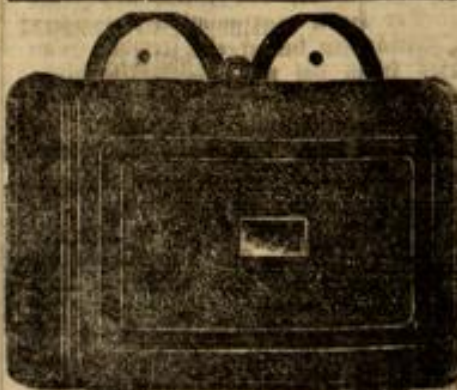
Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrich. Wollumpen, Papier zum Einstampfen
und Zeitungen, Metall gel. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstrasse 18.

Telefon 1832.

Telefon 1832.



Schul- ranzen

Größe Auswahl.
Billigste Preise.
Offeriert als
Spezialität.

H. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.